
Großbritannien

Roger Morgan

In den vergangenen Jahren war die im Wandel begriffene Natur der nationalen Identität Großbritanniens Gegenstand ausgiebiger und teilweise heftiger Diskussionen. Das hat verschiedene Gründe. Zu nennen sind erstens der Umstand, dass sich die ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung des Vereinigten Königreichs durch die umfangreiche Zuwanderung aus allen Erdteilen verändert hat; zweitens die Tatsache, dass die Regierung Blair am Ende der 1990er Jahre Schottland und Wales einen Grad der Selbständigkeit gewährt hat – in Anerkennung ihrer eigenen speziellen nationalen Identitäten; drittens der andauernde Konflikt in Nordirland, der – wenngleich gegenwärtig weniger gewalttätig – immer noch die Frage der Rolle der „Provinz“ innerhalb des Vereinigten Königreichs als Ganzes aufwirft; viertens die Entwicklung der Europäischen Union und die Frage ihres Einflusses auf die nationale Identität des Vereinigten Königreichs; fünftens die Auswirkungen der wirtschaftlichen und sozialen Globalisierung und schließlich die großen Themen der internationalen Politik, einschließlich der politischen Beziehungen zum Nahen Osten, die immer noch die Frage aufwerfen, inwieweit Großbritanniens „natürlicher“ Platz im Weltgeschehen an der Seite der Vereinigten Staaten und wie weit er an der Seite seiner europäischen Partner ist.

Als Einführung in dieses komplexe Themenfeld wird es hilfreich sein, die Ansichten einiger zeitgenössischer Beobachter, darunter Historiker und Journalisten, zu betrachten. Dieser kurze Überblick beginnt mit einer Darstellung

des Themas der nationalen Identität, wie sie kürzlich von einem führenden Mitglied des Kabinetts von Tony Blair unterbreitet wurde.

Am 7. Juli 2004 hielt Schatzkanzler Gordon Brown den jährlichen Festvortrag vor dem British Council (einer halb-offiziellen Einrichtung zur weltweiten Förderung der britischen Kultur, vergleichbar mit Inter Nationes in Deutschland). In einer detaillierten Analyse stellte Brown seine Ansichten zur nationalen Identität Großbritanniens in einem breitgefächerten Überblick dar. Er begann, was wohl für einen Finanzminister verständlich ist, mit einem Verweis auf die Stabilität und Dynamik der britischen Wirtschaft unter seiner Führung seit 1997 („unternehmerisch, ... flexibel, ... eine der großen Erfolgsgeschichten der neuen globalen Wirtschaft“). Dann versicherte er ernsthaft, dass noch mehr Arbeit verrichtet werden müsse und vertiefte seine Argumentation, indem er eine erhöhte Aufmerksamkeit für eine „gemeinsame nationale Zielsetzung“ forderte, die, so beharrte er, nicht nur wichtig ist für die Wiederbelebung der wirtschaftlichen Konjunktur, sondern die „auch ein tieferes Bedürfnis widerspiegelt, wieder eine klare und zuversichtliche Vorstellung davon zu bekommen, wer wir als Nation sind“.¹

Nachdem er so direkt den Gedanken der nationalen Identität heraufbeschworen hatte, fuhr Brown fort: Ich glaube, dass praktisch alle Fragen unserer nationalen Zukunft – von der Frage der Verfassung, unserer Stellung in Europa, der Staatsbürgerschaft bis hin zu den Herausforderungen des Multikulturalismus und sogar der Frage, warum wir öffentliche Dienstleistungen so durchführen, wie wir es tun – nur vollständig beantwortet werden, wenn wir uns darüber im Klaren sind, was wir daran schätzen, britisch zu sein und was uns als Land Zielorientierung und Ausrichtung gibt.

Brown beginnt seinen Überblick darüber, „was wir da-

ran schätzen, britisch zu sein“, mit dem Vorschlag, dass die britische Bevölkerung den eventuell entzweierenden Sachverhalt, dass sich die britische nationale Identität mehr aus geteilten Werten und als aus ethnischen oder gebietsmäßigen Faktoren zusammensetzt, überwindet. Er argumentiert: Während das Vereinigte Königreich schon immer ein Land verschiedener Nationen und deshalb auch mehrerer Identitäten war (ein Waliser kann Waliser und Brite sein, ein Bewohner Cornwalls ist Cornwaller, Engländer und Brite – und er kann auch noch Muslim, Pakistani oder Karibiker, Cornwaller, Engländer und Brite sein), stellt sich die Frage, ob wir uns mehr auf exklusive Identitäten zurückziehen, die ihre Wurzeln in den Vorstellungen des 19. Jahrhunderts im Sinne von Blut, Rasse und Territorium haben, oder ob wir weiterhin eine britische Identität feiern, die größer ist als die Summe ihrer Einzelteile, und eine Union, die stark ist durch die Werte, die wir teilen und durch die Art, wie sich diese Werte in unserer Geschichte und unseren Organisationen zum Ausdruck bringen.

Browns Wortwahl, „ob wir noch in der Lage sein werden zu feiern“, ist wohl aufschlussreich. Sie legt nahe, dass er die Meinung derjenigen teilt, die glauben, dass die geographische und soziale Auflösung des Vereinigten Königreichs, die durch den kombinierten Prozess von territorialer Teilung und Verschiedenartigkeit der Identität verursacht wurde, unwiderruflich ist. Doch suggeriert seine weitere Argumentation eine weniger dramatische Entwicklung. Er ist der Meinung, dass – obwohl die nationalen Indikatoren Großbritanniens seit 1945 viele negative Faktoren anzeigen (wirtschaftlicher und institutioneller Stillstand, internationaler Niedergang, soziale Konflikte und ungelöste Probleme bezüglich Europa, die Zentralisierung der Macht in London oder die Auswirkungen der Masseneinwanderung) – die historische Entwicklung insgesamt doch eine positivere Bilanz aufweist.

Brown zeichnet die stolze Geschichte Großbritanniens nach als das Land, das als erstes die Macht seiner Monarchie eingeschränkt hat, das Vorreiter in Sachen Freiheit, Toleranz und Industrialisierung war, das als der imperiale Mittelpunkt der Weltwirtschaft, als eine beherrschende Militär- und Flottenmacht und als das Land galt, das sich traditionell seiner Vormachtstellung in der Welt so sicher war, so dass es nie einen Grund sah, diese genau zu beschreiben, noch die Ursachen dafür darzulegen. Dies war eine Seemacht und Handelsnation, „vorausblickend, ... kreativ und erfindungsreich“, verpflichtet den Tugenden der Freiheit, dem Pflichtgefühl, der Toleranz und dem anständigen Verhalten sowie „dem Schutz des Individuums gegen die willkürliche Macht erstens des Monarchen und zweitens des Staates“.

In dieser glücklichen Lage gab es, so Brown, Ermutigung und Raum für die Entwicklung der mannigfachen Institutionen und Behörden der britischen „Zivilgesellschaft“, von den Handelszünften, Wohltätigkeitseinrichtungen, Clubs und Interessenverbänden bis hin zu den Kirchen, den Versicherungsgesellschaften auf Gegenseitigkeit und den Gewerkschaften, d. h. ein gedeihliches Szenarium von freiwilliger Tätigkeit, die den Weg bereitete und anregte für die öffentliche Bereitstellung von Krankenhäusern, Bibliotheken und Grünanlagen. Im Gegensatz zu der üblichen sozialistischen Kritik an den Einrichtungen des Kapitalismus ist es bemerkenswert, dass Brown sich sehr lobend zum Geist der Freiheit geäußert hat, der in den Finanzeinrichtungen der Londoner City herrscht, und zu einem britischen Kapitalismus, der nicht durch den materialistischen Egoismus, sondern durch den Gedanken der sozialen Verantwortung, wie er in Adam Smiths Abhandlung „The Theory of Moral Sentiments“ zum Ausdruck kommt, angeregt wird.

Brown beendet seinen Vortrag mit der Bitte, alle diese vortrefflichen Eigenschaften der althergebrachten Identität

Großbritanniens wiederzubeleben, um dem Land bei seinen gegenwärtigen Herausforderungen zu helfen. Er ist der Ansicht, dass ein Bewusstsein der besten Grundlagen der „Britishness“ den Einwanderern aus Übersee helfen könne, die Rechte und Pflichten der britischen Staatsangehörigkeit besser zu verstehen. Und er wiederholt in einer mitreißenden Begründung, warum Großbritannien ein Vereinigtes Königreich bleiben sollte, und meint, dass die unterschiedlichen nationalen Identitäten, die es ausmachen – seien sie englisch, schottisch oder walisisch – nicht nur ihre eigenen nationalen Flaggen ehren sollten, sondern auch die Flagge der Union, die „Toleranz, Zugehörigkeit und Einheit symbolisiert“, und dass eine Identität für das gesamte Vereinigte Königreich um die Flagge und um „die gemeinsam geteilten Werte, die sie symbolisiert“, aufgebaut werden sollte. Die Folgerung lautet: Wir sollten an Großbritannien denken als ein Großbritannien, dessen Identität nicht nur im imperialen Erfolg oder einfach in der Autorität seiner Einrichtungen, noch in seiner Rasse oder Volkszugehörigkeit liegt. Wir sollten denken an ein Großbritannien, das die gemeinsamen Werte, die uns verbinden, wiederentdeckt. In der Tat, was uns heute verbindet, sind die gleichen Werte und Qualitäten, die das Herzstück unserer Geschichte bilden.

Diese Darstellung der nationalen Identität Großbritanniens durch einen Politiker wirft natürlich einige Fragen auf. So fragt es sich zum Beispiel, warum sich der Finanzminister entschlossen hat, ein so breit gefächertes und im Großen und Ganzen so günstiges Bild des britischen Nationalcharakters zu zeichnen. Wollte er vielleicht seiner Version des Blair'schen „Dritten Wegs“ in der Politik, der konfliktive Ansichten zu schwierigen Problemen durch eine höhere Synthese zu lösen trachtet, ein besseres Profil verleihen? Oder befürchtete er, dass es in Großbritannien zu Konflikten (zwischen sozialen und wirtschaftlichen Inte-

ressen, zwischen Volksgruppen oder zwischen Zentralisierung und Dezentralisierung) kommen könnte, die durch einen ergreifenden Aufruf zu einer nationalen „geheiligten Union“ gelöst werden könnten? Oder will Brown mit seiner Rede vielleicht versuchen, sich als Staatsmann darzustellen, der nicht nur über wirtschaftliche Kompetenz, sondern auch über eine klare Vision bezüglich des nationalen Schicksals verfügt und somit hervorragend geeignet ist, Tony Blair als Premierminister nachzufolgen?

In jedem Fall hat Browns Rede einige der zentralen Fragen der Identität Großbritanniens berührt – Fragen, auf die, wie zu zeigen sein wird, viele seiner Landleute andere Antworten geben als er.

Der angesehene Historiker Professor Norman Davies zum Beispiel kam in einer meisterhaften Analyse über England, Schottland, Wales und Irland mit dem Titel „Die Inseln“ (und nicht – wie er mit guten Gründen betont – „Die britischen Inseln“) zu dem Schluss, dass das Vereinigte Königreich, nachdem es viele tiefgreifende Wandlungen seiner inneren und äußeren Situation erfahren hat, nun der drängenden Perspektive der Auflösung oder des „Auseinanderbrechens“ gegenübersteht.² Nach Ansicht von Davies steht die nationale Identität des Vereinigten Königreichs, die immer zerbrechlich und immer im Wandel war, nun der unaufhaltsamen Herausforderung der Selbstbehauptung durch die keltischen Nationen der Inseln – die schottische und walisische wie auch die irische – gegenüber, und „alle Grundlagen der historischen ‚Britishness‘ befinden sich in einem fortgeschrittenen Zustand des Verfalls“.³ Nach Davies' Argumentation waren einige der traditionellen Säulen, auf die sich die Identität des britischen Staatswesens gestützt hat, schon weggebrochen: Seemacht, Empire, die protestantische Überlegenheit und das ‚imperiale Universum‘ sind alle schon gestorben. Die ‚Mutter aller Parlamente‘, die Monarchie, die sportliche

Tradition und das imperiale Ethos waren sämtlich in Ungnade gefallen. Die britische Wirtschaft und die britische Rechtsprechung waren fast unentwirrbar in europäische Einrichtungen verstrickt; Großbritanniens Leistungsfähigkeit auf den wirtschaftlichen, bildungspolitischen und sozialen Gebieten lag weit hinter der seiner Mitbewerber zurück.⁴

Davies' Schlussfolgerung – unter Einbeziehung der sich im Vereinigten Königreich deutlich abzeichnenden Spaltungstendenzen – resultierte aus seinem Bestreben, die „britische“ Geschichte als genuinen integralen Bestandteil der „europäischen“ Geschichte zu verstehen, eine vom Standpunkt der traditionellen britischen akademischen Geschichtsschreibung aus gesehen zutiefst häretische Behauptung. Die Schlussfolgerung war, dass die künstlich geschaffene „britische“ Identität des Vereinigten Königreichs endlich aufgegeben und den verschiedenen ethnischen und kulturellen Identitäten der Inselbewohner die Möglichkeit gegeben werden sollte, unter dem Schutzschirm der Europäischen Gemeinschaft zu wachsen. Hier, so argumentierte Davies, haben ein „Schottland in Europa“, ein „Wales in Europa“ und ein „England in Europa“ jede Möglichkeit, so gut abzuschneiden wie ein „Irland in Europa“.⁵

Davies' Argumentation für eine Aufwertung der einzelnen nationalen Identitäten des Vereinigten Königreichs und die Erkenntnis, dass die alles umfassende „britische“ Identität in einem ernsthaften Verfall begriffen ist, wird von anderen Autoren geteilt, nicht zuletzt von dem angesehenen Journalisten und Rundfunkmoderator Andrew Marr. Es dürfte kein Zufall sein, dass diese beiden Autoren in einem gewissen Sinne das keltische Randgebiet des Vereinigten Königreichs repräsentieren: Davies ist von walisischer Herkunft und Marr ist Schotte. Das von Marr im Jahr 2000 publizierte Buch „The Day Britain Died“⁶ endet mit einem wortgewandten Plädoyer, die vor kurzem eingerichteten

parlamentarischen Versammlungen in Schottland, Wales und Nordirland durch ein nationales Parlament für England zu ergänzen. Diese vier Versammlungen wären bevollmächtigt, innerhalb des Rahmenwerks eines vollständigen und ausdrücklich föderalen Systems zu arbeiten, während das Parlament des Vereinigten Königreichs – reduziert lediglich auf ein kleines Unterhaus – nur die Angelegenheiten des Bundes, hauptsächlich Außenpolitik, Verteidigung und Staatsfinanzen, erledigen würde. Nach Ansicht von Marr würde eine solche Anordnung genau die Tatsache widerspiegeln, dass jüngste Entwicklungen zum „Tod“ der alten britischen Nationalidentität und deren Ersatz durch ein Vereinigtes Königreich, in dem gesonderte ethnische und nationale Identitäten zusammen mit einer erneuerten „Unions“-Identität existieren, geführt haben. (Es ist natürlich die Überzeugung aller Betrachter dieses Themenkomplexes, dass die Bewohner des Vereinigten Königreichs keine einzelne nationale Identität haben, sondern eigentlich eine Vielzahl von Identitäten, die sie zusammen charakterisieren.)

Neben anderen Beobachtern der britischen Identitätskrise – wenn es eine solche tatsächlich gibt – zitieren wir den deutschen Journalisten, Thomas Kielinger (er ist der Londoner Korrespondent der Tageszeitung „Die Welt“), und den Oxforder Historiker, Timothy Garton Ash. Thomas Kielinger, eine erfahrene und scharfsichtige Autorität sowohl im Vereinigten Königreich wie auch in den Vereinigten Staaten, macht eine neue dynamische Kraft und unternehmerische Fähigkeit im britischen Volk aus, die es fast so aussehen lässt, als wären das von Gordon Brown geforderte erneuerte Selbstbewusstsein und der nationale Ehrgeiz schon eingetroffen. Sowohl in einem kürzlich veröffentlichten BBC-Rundfunkbeitrag als auch in vielen seiner Artikel in der „Welt“ vertritt Kielinger die Ansicht, dass Großbritannien „mit überschäumender Kraft voran-

läuft, um die meisten europäischen Rivalen in Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und Bruttosozialprodukt zu überholen“.⁷ Er sieht vor sich ein Land, dessen aufgeschlossene Identität es ihm erlaubt, internationalen Respekt und Einfluss zu gewinnen, durch die Art von Energie, die der Harvard-Professor Joseph Nye als „sanfte Kraft“ bezeichnet. Das bedeutet laut Nye: „die Fähigkeit, Anhänger zu gewinnen durch die Tugend der Werte Deines Landes und durch Deine Bereitschaft, andere einzuschließen“. Kielinger vertritt nicht die Theorie von Davies oder Marr über die geographische Zerstückelung des Vereinigten Königreichs. In seinem Porträt eines erfolgreichen und international hyperaktiven „Großbritannien“ erscheint vielmehr ein dynamisches Edinburgh, zusammen mit London und verjüngten Städten wie Manchester und Birmingham, und er fährt fort: Wirtschaftliche, kulturelle, politische und finanzielle Aspekte verbinden sich, um die unternehmerische Gesellschaft zu gestalten, die Großbritannien wieder geworden ist. Bei John Stuart Mill, dem großen libertären Philosophen des 19. Jahrhunderts, finde ich eine Erläuterung des Begriffs „Unternehmungsgeist“, der genau ausdrückt, was ich meine. Mill definiert „Unternehmungsgeist“ als „den Wunsch, in Bewegung zu bleiben, ... zu versuchen, neue Dinge für unseren eigenen Nutzen und den der anderen zu schaffen“. Ich kann nicht anders, als eine neue Vitalität in Großbritannien festzustellen, eine neue Entschlossenheit, etwas mit dem eigenen Leben anzustellen und – unter Umständen – jemanden in der modernen Welt darzustellen, nicht nur rhetorisch, sondern messbar bezüglich der zunehmenden Bedeutung innerhalb der Menschheitsfamilie.

Während Thomas Kielinger ein breitgefächertes Bild einer selbstbewussten britischen nationalen Identität zeichnet, die „sanfte Macht“ ausstrahlt, um einen positiven Eindruck auf die Außenwelt auszuüben, nähert sich Professor

Timothy Garton Ash seinem Fragenkomplex von einem ganz anderen Blickwinkel. Seine Darstellung der internationalen Einflüsse, die dazu beitragen, die nationale Identität des britischen Volkes zu gestalten, findet sich in den Anfangskapiteln seines kürzlich erschienenen Buchs „Free World“.⁸ Hierfür analysiert er einige spezifische Aspekte der Identität Großbritanniens im Vergleich mit der britischen Außenpolitik.

Wie andere hier genannte Autoren stellt auch Garton Ash die Bedeutung der britischen Rolle in der internationalen Bevölkerungswanderung und besonders die Aufnahme von Zuwanderern aus allen Erdteilen, insbesondere natürlich aus den ehemaligen britischen Kolonien, fest. Die ständige Zunahme der eingewanderten Bevölkerung in Großbritannien, teilweise natürlich die Folge der früheren Aktivitäten des Landes als See-, Handels- und imperiale Macht, bedeutet, dass beachtliche Teile der britischen Bevölkerung sehr gut vertraut sind mit dem Leben in vielen Teilen der Welt, nah und fern.

Bei seiner Betrachtung der Identität, die das Vereinigte Königreich hinsichtlich der Ausrichtung seiner außenpolitischen Beziehungen bietet, zeigt Garton Ash, wie kompliziert und wie zweideutig diese Identität ist. Er schließt sich der Ansicht des deutsch-französischen Politologen, Joseph Rovin, an, wenn er Großbritannien vom internationalen Standpunkt aus ein Janus-Gesicht bescheinigt: Das eine Gesicht Großbritanniens ist den Vereinigten Staaten, das andere dem europäischen Festland zugewandt.⁹ Allerdings sind die Dinge dann doch komplizierter; denn Garton Ash ermittelt nicht nur zwei internationale Gesichter Großbritanniens, sondern vier. Die beiden anderen sind das insulare Gesicht, das immer noch nach einer „splendid isolation“ der Inselbewohner vom Rest der Welt strebt, und das „Welt“-Gesicht, das noch immer eine globale Rolle und weltweiten Einfluss des Vereinigten Königreichs

im Blick hat. In gewisser Hinsicht hat das „Welt“-Streben durchaus einen wesentlichen Kern, zum Beispiel in der weltweiten Verbreitung eines anregenden Bildes von Großbritannien durch „sanfte Gewalt“, wie es Thomas Kielinger ermittelt hat. Dennoch, wenn wir uns wieder der Realpolitik der internationalen Beziehungen zuwenden, dann sind es Großbritanniens doppeldeutige Haltungen als Teil Europas auf der einen Seite und als Teil der atlantischen Partnerschaft auf der anderen Seite, die wirklich von Bedeutung sind.

Wie die Analyse von Garton Ash unterstreicht, ist es sehr schwer für die Verantwortlichen der britischen Politik, zwischen einer europäischen und einer amerikanischen Option zu wählen. Bezüglich der Haltung der britischen Bevölkerung zur eigenen Identität („Was für Menschen sind wir? Wo ist unser Platz in der Welt?“) sind sowohl Europa wie auch Amerika eng verbunden mit tief verwurzelten Bestandteilen der nationalen Gefühlswelt. Für die Briten, so drückt es Garton Ash aus, „steht auf der europäischen Seite die Geographie, auf der amerikanischen die Sprache. Mit Amerika gibt es eine gemeinsam genutzte Kultur, Geschichte, Wirtschaft und Politik, mit Europa ... eine gemeinsam genutzte Kultur, Geschichte, Wirtschaft und Politik ...“¹⁰

Dieser fundamentale Aspekt der britischen nationalen Identität wird uns noch einmal beschäftigen, nämlich die Frage: Macht es diese Identität für die Briten erforderlich oder erlaubt sie es ihnen sogar, sich als Teil der europäischen Identität zu betrachten, oder nicht? Zunächst aber muss in Erwägung gezogen werden, wie das britische Selbstbild der nationalen Identität (das auch als die „Deutung“ dieser Identität beschrieben werden könnte) geformt oder bestärkt wurde durch den mächtigsten aller Einflüsse, das Verständnis der Nation von ihrer Geschichte. Mit den Worten des verstorbenen Enoch Powell, einem Politiker

der Konservativen Partei, der eine tiefe Abneigung gegen die europäische Einigung mit einer tiefsitzenden Unzufriedenheit über den Anschluss Großbritanniens an die Vereinigten Staaten verband, kann man sagen: „Es ist wirklich die gemeinsame Erinnerung, die eine Nation ausmacht, eine Erinnerung daran, was ihre Vergangenheit war, was sie gebracht hat, was sie gelitten und was sie ertragen hat.“¹¹

Identität, Geschichte und Europa

Was sind die bedeutsamsten Merkmale der britischen Nation bezüglich der „Erinnerung, was die Vergangenheit war“? Die Art, wie Nationen Jahrestage von wichtigen historischen Ereignissen begehen, gibt in dieser Hinsicht oft einen hilfreichen Hinweis. Das Jahr 2004 gab dem britischen Volk in der Tat eine Reihe von Gelegenheiten, um solche festlichen Ereignisse zu begehen, wobei viele von ihnen Ereignisse waren, die in direktem Bezug zur Geschichte der britischen Beziehungen mit seinen Nachbarn auf dem europäischen Kontinent standen. Am 8. April wurde das 100-jährige Bestehen der britischen „Entente Cordiale“ mit Frankreich gefeiert. Diesem Ereignis folgte zwei Monate später (am 6. Juni) der 60. Jahrestag der Landung der Alliierten in der Normandie, der mit einer so großen Feierlichkeit begangen wurden, dass die einige Tage später durchgeführten Wahlen zum Europäischen Parlament völlig ausgeblendet wurden. Anfang August gab es drei weitere Jubiläen, alle mit militärischem Charakter. Dies waren die Feiern zum 90. Jahrestag des Ausbruchs des Ersten Weltkriegs, der 300. Jahrestag der britischen Eroberung Gibraltars im Verlauf des Spanischen Erbfolgekriegs und schließlich das Jubiläum eines weiteren Ereignisses des Jahres 1704, der Sieg des Herzogs von

Marlborough und des Prinzen Eugen von Savoyen über die Franzosen in der Schlacht von Höchstädt (Blenheim).

Die Jubiläen wurden unterschiedlich begangen. Die zahlreichen und aufwendigen Feiern zum Gedenken an den Jahrestag der Entente Cordiale beinhalteten einen Besuch der Queen in Frankreich im April und einen Besuch Präsident Chiracs in London im November sowie Festereignisse auf weniger hoher Ebene. Ein bemerkenswertes Ereignis war die erstmalige Teilnahme britischer Soldaten an der Parade zum 14. Juli auf den Champs-Élysées. Der Jahrestag der Landung der Alliierten in der Normandie wurde selbstverständlich durch eine Reihe beeindruckender Zeremonien begangen – in Anwesenheit von Queen Elizabeth und Tony Blair sowie den Präsidenten von Frankreich und den Vereinigten Staaten und, zum ersten Mal, dem deutschen Bundeskanzler. Es ist bemerkenswert, dass die britischen Medien in ihren Berichten die wichtige bilaterale Zeremonie mit Kanzler Schröder und Präsident Chirac kaum erwähnten, obwohl dieses Ereignis im „Journal du Mémorial“ von Caen als „Höhepunkt des Tages“ bezeichnet wurde.¹² Der Mangel britischen Interesses an dieser bemerkenswerten Manifestation der französisch-deutschen Versöhnung ließ sich aus der allgemeinen Gleichgültigkeit der britischen Medien gegenüber den Aktivitäten von Ausländern erklären, was bedeutet, dass bei der Reportage jedes internationalen Ereignisses, sei es das Jubiläum in der Normandie oder die Olympischen Spiele, die britischen Medien sich fast ausschließlich auf die Berichterstattung über die britische Teilnahme an den Ereignissen beschränken.

Dies traf natürlich für die Art zu, wie der Jahrestag des August 1914 in Großbritannien gekennzeichnet wurde. Das Hauptereignis war eine Zeremonie, die an der nationalen Gedenkstätte für die Gefallenen, dem Cenotaph in der Nähe der Downing Street, stattfand, wo eine kleine Abord-

nung von britischen Soldaten des Ersten Weltkriegs, einige von ihnen über 100 Jahre alt, die Ehrenplätze einnahm.

Zur gleichen Zeit wurde die 300-jährige Inbesitznahme Gibraltars durch Großbritannien in einer solchen Art und Weise gefeiert, dass heftige Proteste von einem europäischen Partner des Vereinigten Königreichs, nämlich Spanien, nicht ausbleiben konnten. Die Art der Zeremonie, die von der britischen Regierung ausgewählt wurde, hatte einen starken militärischen Charakter; hierzu gehörten eine Kanonensalve, die von einer Fregatte der Royal Navy abgefeuert wurde, ferner eine Rede des britischen Verteidigungsministers, der nochmals bekräftigte, dass ein Wandel des politischen Status der britischen Kolonie nicht ohne die Zustimmung der Einwohner des „Felsens“ – was höchst unwahrscheinlich ist – ins Auge gefasst würde.

Die Erinnerungsfeiern an ein weiteres Ereignis des Jahres 1704 (die Schlacht von Höchstädt) gab dem britischen Volk eine weitere Gelegenheit, sich an einen militärischen Sieg über einen kontinentalen Feind zu erinnern. Der derzeitige Herzog von Marlborough veranstaltete eine Theateraufführung der Schlacht im Park seines Landsitzes, Schloss Blenheim in der Nähe von Oxford. Ein weiterer Nachkomme des ersten Herzogs, Earl Spencer (der Bruder der verstorbenen Prinzessin Diana), würdigte das Ereignis durch seine Buchedition, in der er die Schlacht von Höchstädt (Blenheim) als Wendepunkt in der europäischen Geschichte feierte. In einem Radiobeitrag über sein Buch betonte er seine Ansicht, dass diese Schlacht, die sein Vorfahre gewonnen hatte, Europa von der französischen Vorherrschaft befreit habe.

Solche häufig wiederkehrenden Darstellungen heroischer Siege über finstere kontinentale Feinde vermitteln einem großen Teil der britischen Bevölkerung einen recht ungewöhnlichen Blick auf ihre Rolle in Europa. So kann man zum Beispiel die Auslegung der europäischen Ge-

schichte anführen, wie sie von Margaret Thatcher vorgebracht wurde, als sie Premierministerin war. Bei einem Festvortrag 1988 anlässlich der Jahresfeier des Europa-Kollegs in Brügge erklärte sie allen Ernstes, dass das Vereinigte Königreich natürlich eine wichtige Rolle in Europa zu spielen habe; denn jedes Mal, wenn die kontinentaleuropäischen Staaten in einen Schlamassel geraten würden, müssten die Briten ihre Inselfestung verlassen und die Dinge wieder richten: Zum Beispiel 1944 „wurde von unserer Inselfestung aus die Befreiung Europas in Angriff genommen“. ¹³ Bei verschiedenen weiteren Gelegenheiten fasste die Eiserne Lady die internationale Lage des Vereinigten Königreichs wie folgt zusammen: „All die großen Probleme, denen wir uns stellen mussten, kamen von jenseits des Kanals; alle Lösungen kamen von jenseits des Atlantiks.“

So gibt es eine deutliche Verbindung zwischen den historischen Vorstellungen von Bedrohungen und Herausforderungen, die aus „Europa“ kommen, die Teil des Selbstverständnisses der Identität Großbritanniens sind, und andererseits dem Zögern oder der Abneigung vieler Briten gegen eine Teilnahme am Prozess der europäischen Einigung. Diese Verbindung zeigt sich in sehr deutlicher Weise in der doppelten Karriere des Europa-Abgeordneten Nigel Farage, dem Anführer der Unabhängigkeitspartei des Vereinigten Königreichs (UKIP), die den sofortigen Ausstieg Großbritanniens aus der EU fordert und bei den Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 2004 16 % erzielte. Neben seiner Tätigkeit als Europaabgeordneter ist Nigel Farage auch Experte für die Organisation von Besichtigungsreisen zu den Schlachtfeldern des Ersten Weltkriegs.

Zur gleichen Zeit hat die Bewegung gegen die britische Beteiligung am Euro – wobei sie sich diesmal auf ein etwas jüngeres geschichtliches Ereignis bezog – eine Propagandakampagne gestartet, die Adolf Hitler als einen der Vorkämpfer der europäischen Währungsunion zeigt. Auf Kino-

leinwänden in Großbritannien wurde der Öffentlichkeit ein Schauspieler vorgeführt, der Adolf Hitler darstellte und schrie: „Ein Volk, ein Reich, ein Euro!“ Parallel zu diesem Stück historischer „Argumentation“ hat sich der Schriftsteller Frederick Forsyth in einem BBC-Radiointerview geäußert und Tony Blair als den „britischen Pierre Laval“ angeprangert, weil dieser die durch die Europäische Union vertretene Fremdherrschaft akzeptiere.

Bedauerlicherweise, jedenfalls vom Standpunkt derjenigen aus gesehen, die aus der Geschichte die Lehre ziehen, dass die Identität des Vereinigten Königreichs eine engere Mitwirkung an den europäischen Angelegenheiten erforderlich macht, scheint die Regierung Tony Blairs nur zögerlich bereit, ein andere Sichtweise zu vertreten, um den Folgen dieser Art von Propaganda zu begegnen.

Zur Verteidigung seiner Politik bezüglich der Europäischen Verfassung beharrte Tony Blair zuallererst auf den Erfolgen seiner Regierung, Siege über das – wie er es beschreibt – kontinentale Streben in Richtung eines „föderalen Super-Staates“ zu erringen. Blair wurde angesichts seines Beharrens auf der defensiven britischen Position (Insistieren auf dem Recht, in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik, des Steuerwesens und anderer Bereiche ein Veto einzulegen) kritisiert, dass er die überwiegend positiven Beweise für die institutionelle Entwicklung Europas, wie sie sich im Verfassungsvertrag darstellen, vernachlässigt habe. Hinsichtlich seiner Linie und Äußerungen zur Europäischen Verfassung sah sich Blair gezwungen, sich gegen die Angriffe des Vorsitzenden der Konservativen Partei, Michael Howard, zu verteidigen, dessen Generallinie lautete: „Wir freuen uns, mit unseren europäischen Partnern zusammenzuarbeiten, aber wir möchten nicht von ihnen regiert werden.“¹⁴ Aber musste Blair wirklich so weit gehen, die Unantastbarkeit der Londoner „roten Linien“, sprich die Bedingungen bezüglich der Modalitäten der Ver-

fassung, zu betonen? War der Ausdruck „rote Linie“ möglicherweise eine unterbewusste Beschwörung des klassischen Verweises auf die „dünne rote Linie“ der britischen Infanterieregimenter in der Schlacht von Waterloo – ein Bild, dass sich tief in die britische Selbstwahrnehmung seiner historischen Identität eingegraben hat?

In den meisten seiner außenpolitischen Reden (mit Ausnahme derjenigen über den Irak-Krieg) hat der Premierminister die Angewohnheit, den Themen Vorrang zu geben, die in der britischen Öffentlichkeit auf große Beliebtheit stoßen, und er berücksichtigt gängige Ansichten der Nation über ihre Identität in einer Art, wie es auch schon von Margaret Thatcher praktiziert worden war. Zum Beispiel antwortete er auf die Frage im Unterhaus, ob er bereit wäre, die britische Außenpolitik näher an die der europäischen Nachbarn Deutschland und Frankreich heranzuführen, dass er im Gegenteil nicht bereit sei, irgendeine Aktion durchzuführen, die „unsere Rolle als engster Verbündeter der Vereinigten Staaten – ein Vorteil, für den jeder unserer europäischen Partner bereit wäre, einen sehr hohen Preis zu bezahlen“ – gefährdet.

Das Schweigen von Tony Blair zu einigen Themen sowie auch seine Äußerungen spiegeln seine gut durchdachte Vorgehensweise wider, solche Themen, die einen negativen Ton in der Vorstellung seiner Zuhörer hervorrufen könnten, nicht anzurühren. Es gab eine bedeutsame Replik, als ein Journalist den Labour-Politiker Peter Mandelson kurz nach seiner Nominierung zum Europäischen Kommissar im Jahr 2004 fragte, warum der Premierminister während des Wahlkampfes zum Europäischen Parlament keine Reden zu europäischen Themen gehalten habe. Die Antwort des treuen Blair-Anhängers war, dass dies für Blair eine Zeitverschwendung gewesen wäre, weil die britischen Medien darüber nicht berichten würden. Diese Antwort trug nicht dazu bei, das pro-europäische Element

in Großbritannien, das den trägen Wahlkampf der Labour Party für den Wahlerfolg der anti-europäischen Unabhängigkeitspartei und ihren Gewinn von zwölf britischen Sitzen im Europa-Parlament verantwortlich machte, zu beruhigen. Mandelsons Bemerkung verwies allerdings auf die etwas zynische Annäherung der Blair-Regierung an das Problem, die britische Bevölkerung davon zu überzeugen, Argumente, die die Europäische Union betreffen und die nicht im Einklang mit den vorherrschenden Ansichten über Großbritanniens Identität und Schicksal sind, zu akzeptieren.

Einer der auffälligsten Gesichtspunkte der britischen Haltung zum europäischen Zusammenschluss, der sicherlich tiefgreifende Mutmaßungen über den „natürlichen“ Platz des Vereinigten Königreichs in den internationalen Beziehungen widerspiegelt, zeigt sich in der weitverbreiteten Annahme, dass Großbritannien selbstverständlich aufgefordert werden sollte, die Rolle des „Anführers“ innerhalb der Europäischen Union zu übernehmen, so wie in anderen internationalen Gremien, denen es angehört. Diese Grundeinstellung ist der Hintergrund der wiederholten Erklärungen Tony Blairs, dass er anstrebe, die Außenpolitik der EU in eine eher pro-amerikanische Richtung zu lenken, und der häufigen Forderungen Gordon Browns, dass die Länder des europäischen Festlands „selbstverständlich“ dem erfolgreichen Beispiel Großbritanniens folgen sollten, die Wirtschaftspolitik einschließlich der Arbeitsmarktpolitik zu liberalisieren. Brown macht absolut deutlich, dass das Vereinigte Königreich durch eine Teilnahme an der europäischen Währungsunion seinen wirtschaftlichen Wohlstand gefährden würde, wenn die rückwärtsgewandten und unerleuchteten Länder des Kontinents nicht willig seien, der eindrucksvollen britischen Führung in diesen Angelegenheiten zu folgen.

Die Vorstellung, dass die Briten in irgendeiner Weise

dazu aufgerufen seien, die Rolle des Anführers in der EU zu übernehmen (das ist eine Entwicklungsstufe höher als John Majors Vorhaben, das Land „im Herzen Europas“ zu platzieren), drückt eine tiefgründige Wahrnehmung der historischen Identität des Vereinigten Königreichs in den Beziehungen zu den internationalen Organisationen aus. Tatsächlich hat Großbritannien vor seiner Mitgliedschaft in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft 1973 niemals einer internationalen Organisation angehört, ohne zu deren Gründungsmitgliedern zu gehören und somit einer der naturgemäßen Anführer zu sein. Vom Völkerbund bis hin zu den Vereinten Nationen, von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa und der Westeuropäischen Union bis hin zum Europarat und der Nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft war das Vereinigte Königreich immer in der Lage, bis zu einem gewissen Grad die Marschrichtung der betreffenden Organisation zu bestimmen. Selbstverständlich traf dies, vielleicht sogar in noch höherem Maße, für die Beziehungen zum Commonwealth zu, einem weltweiten Netzwerk, das ganz offensichtlich unter britischer Führung aus dem alten Britischen Empire entstanden ist. Allerdings war die britische Erfahrung bezüglich der Europäischen Gemeinschaft und der Europäischen Union eine andere. Weil der britische Beitritt zur EWG nach deren Gründung für ein Vierteljahrhundert verzögert wurde – zunächst wegen Großbritanniens eigener Gleichgültigkeit in den 1950er und dann durch Charles de Gaulles Politik des Ausschlusses in den 1960er Jahren –, hatten die Briten manchmal den Eindruck, einem Club beigetreten zu sein, der von anderen gegründet und gelenkt wurde und in dem Großbritanniens natürliche Führungsrolle nicht automatisch anerkannt wird.

In diesem Zusammenhang spielt der historische Aspekt der britischen nationalen Identität eine doppelte Rolle. Auf der einen Seite fühlen sich viele Briten unbehaglich mit

dem Platz ihres Landes in der EU im Vergleich zur Stellung in anderen Organisationen. Auf der anderen Seite lässt diese Ungewissheit Raum für Betrachtungen, die durch die Erinnerungen an frühere Abschnitte der europäischen Geschichte beflügelt werden, besonders an die hegemonialen Machtstellungen Frankreichs zu Zeiten Napoleons oder Deutschlands zu Zeiten Hitlers. Dies erzeugt eine Wahrnehmung der EU als einer neuen Form der kontinentalen Bedrohung für die Unabhängigkeit des Vereinigten Königreichs und besonders seine Identität. Viele in Großbritannien nehmen die Bedrohung durch die „Brüsseler“ Vorherrschaft in gleichem Maße wahr, wie viele in Frankreich die Vormachtstellung der USA in der NATO empfinden, und genau diese Tatsache müssen die britischen Politiker berücksichtigen.

Unglücklicherweise ist die negative Haltung zur EU, die in Großbritannien weitverbreitet ist, in der Vergangenheit gehegt worden durch die Art, wie Geschichte im britischen Bildungssystem gelehrt wird – und dies könnte sich auch in Zukunft fortsetzen. Nicht nur wird das Fachgebiet „britische Geschichte“ getrennt von der „europäischen Geschichte“ behandelt (die Entwicklung der britischen Inseln wird als etwas ganz anderes und überlegenes im Vergleich zur Geschichte des Kontinents betrachtet);¹⁵ es ist auch eine Tatsache, dass im Unterricht über die europäische Geschichte hauptsächlich die Geschichte des Dritten Reichs gelehrt wird. Man hat den Eindruck, dass viele Schulkinder gezwungen sind, diesen besonderen Abschnitt der europäischen Geschichte im Verlauf ihrer Grundschul- und Gymnasialschulzeit zwei oder drei Mal durchzunehmen. Auf der Ebene der breiten Masse kann man diese gleiche Besessenheit vom Zweiten Weltkrieg und seiner Entstehung ebenfalls wahrnehmen. Es wurde sogar schon vorgeschlagen, dass der „History Channel“, ein Fernsehkanal, der historische Programme sendet und dem Dritten Reich so viel

Aufmerksamkeit schenkt, in „Hitler Channel“ umbenannt werden sollte.

Es ist leicht zu verstehen, warum sich die Briten, die sich in mancher Hinsicht durch den Verlust ihres Landes an internationaler Macht und Einfluss seit 1945 verwirrt fühlen, damit trösten, dass sie sich immer wieder an das erinnern, was Winston Churchill ihre „finest hour“ nannte, nämlich die Zeit 1940/41, und an den abscheulichen Charakter des Regimes, gegen das sie damals kämpften. Dennoch muss man sagen, dass die andauernde britische Besessenheit von dieser Zeit der europäischen Geschichte einen Schatten auf die britische Haltung gegenüber dem Europa von heute und morgen wirft.

Dennoch, trotz dieser Last der Vergangenheit und trotz des negativen Ergebnisses der Wahlen zum Europäischen Parlament 2004 und bestimmter Meinungsumfragen gibt es Anzeichen dafür, dass sich die britische Haltung gegenüber der EU in eine etwas positivere Richtung bewegt. Es wurde schon auf die 20 Jahre alte Analyse des deutsch-französischen Beobachters Joseph Rovin verwiesen, der sagte: „Die Briten sind sicherlich ein Teil von Europa, wenn auch in einer etwas losgelösten Haltung und mit einem doppelten Gesicht, wie der Gott Janus: ein Gesicht ist Europa zugewandt und das andere den Vereinigten Staaten.“¹⁶ Seit dem Irak-Krieg allerdings hat es einen bestimmten Wandel gegeben. Je klarer die britische öffentliche Meinung die Folgen der Anlehnung des Vereinigten Königreichs an die Politik George W. Bushs sieht, desto größer ist die Erkenntnis, dass sich die britische Politik wieder in eine mehr europäische Richtung bewegen sollte.

Darüber hinaus ist es möglich, dass die Entwicklung der EU selbst so sein wird, dass ihr Schrecken in den Augen der britischen Öffentlichkeit gemindert wird. Die letzte Erweiterung der Union hat eine Reihe von Ländern gebracht, die in unterschiedlichem Maße die Vorliebe Großbritanniens

für eine flexiblere Wirtschaftspolitik, eine stärker atlantisch ausgerichtete Außenpolitik und klare Begrenzungen des Einflusses der zentralen Institutionen in Brüssel teilen. Es ist sogar möglich, dass eine steigende Anzahl von Briten die Tatsache zu schätzen weiß, dass der Vertrag über eine Europäische Verfassung den Einfluss der Kommission auf Kosten der Mitgliedsstaaten, die im Ministerrat vertreten sind, beschränkt – ungeachtet der heftigen und gegenteiligen Propagandakampagne der britischen Verfassungsgegner.

Wenn die Briten allmählich lernen, ihr nationales Erbe im historischen und zeitgenössischen Zusammenhang zu verstehen, könnte auch der negative Druck der Geschichte nach und nach seinen Einfluss auf das britische Gefühl für Identität verlieren. Auch wenn das ehrende Gedenken an die großen Leistungen der Nation noch immer eine Hauptrolle in der kollektiven Erinnerung spielt (wie in jeder Nation), so wächst doch die Erkenntnis, dass diese Erinnerung nicht in einer exklusiv nationalen Weise gepflegt werden kann. Zum Beispiel merkten einige Kommentatoren der Jahrhundertfeier der französisch-britischen Entente Cordiale im Jahr 2004 an, dass man zum Verständnis eines historischen Ereignisses bilateraler Art nicht nur den Standpunkt der eigenen Nation, sondern auch den des ausländischen Partners in Betracht ziehen muss. Im Sinne der Gleichung von Timothy Garton Ash, „die Kluft, die England und Frankreich trennt, ist nur einen Meter breit, aber sie ist 400 Jahre tief“, sind immer mehr britische Bürger bereit zu fragen: Warum haben unterschiedliche Nationen eine so unterschiedliche Sicht auf die gleichen historischen Ereignisse? Eine andere Frage, die sich aus der Jahrhundertfeier der Entente Cordiale ergibt, ist: Was ist nötig, um die zwischen zwei Nationen herrschende Stimmung von Misstrauen und Rivalität in Verständnis und Zusammenarbeit zu verwandeln? Eine Nation mit einer modernen und selbstbewussten Wahrnehmung ihrer eigenen Identität muss in der Lage

sein, nicht nur die Leistungen ihrer eigenen nationalen Geschichte zu feiern, sondern auch positiv auf Fragen von anderen antworten zu können. So erhielt zum Beispiel der polnische Premierminister auf die kürzlich – 60 Jahre nach den Ereignissen – an die Briten gerichtete Frage, warum London den Aufstand im Warschauer Ghetto 1944 nicht wirkungsvoller unterstützt habe, eine Vielzahl britischer Antworten: Die meisten waren nach Ansicht der Polen ungenügend, aber das wichtige ist, dass solche Fragen gestellt und dass sie beantwortet werden.

Nochmals, obwohl es wahr ist, dass ein Großteil der Wahrnehmung seiner historischen Identität durch das britische Volk geprägt ist von der Besessenheit vom Zweiten Weltkrieg und von Hitler, und obwohl dies auch die Beziehungen zu Europa heutzutage noch hemmt, so können solche Fixierungen nicht für immer fort dauern. Der anscheinend unersättliche Markt für Bücher, Filme und mediale Produkte über den Zweiten Weltkrieg wurde einige Jahrzehnte lang nicht nur durch das öffentliche Interesse, sondern auch durch andere Faktoren angekurbelt. Für Peter Furtado, den Herausgeber der populären historischen Zeitschrift „History Today“, liegt einer der Gründe für die fortwährende Bedeutung des Dritten Reichs im Geschichtsunterricht in der Tatsache, dass den Schulen die finanziellen Mittel fehlen, um ihren Vorrat an Geschichtsbüchern zu erneuern, selbst wenn sie es wünschen. Trotz dieses Problems hat Peter Furtado erklärt, dass ein Wechsel des Faktums für die nahe Zukunft zu erwarten ist: Da wir uns dem 200-jährigen Jubiläum der Schlacht von Trafalgar (im Oktober 2005) nähern, sagt er eine Flut von Publikationen und vielleicht sogar eine Änderung in den Schullehrplänen voraus, die die gegen Hitler geführten Schlachten mit denen, die gegen Napoleon geführt wurden, in Relation stellen. Zumindest, so darf man hoffen, wird die Tatsache, dass man den Konflikten einer weiter zurückliegenden Ära

mehr Aufmerksamkeit schenkt, die Neigung vieler Briten, Ähnlichkeiten zwischen dem europäischen Kontinent der Vergangenheit und der Gegenwart zu sehen, einschränken.

Generell gibt es Anzeichen dafür, dass das wachsende Interesse der Briten an historischen Ereignissen zur allmählichen Erkenntnis führen wird, dass die Vergangenheit und die Gegenwart zwei ganz unterschiedliche Dinge sind. Wir interessieren uns für die Vergangenheit, wir gedenken historischer Ereignisse, wir finden Inspiration in der Vergangenheit, genau deshalb, weil die Vergangenheit nicht die Gegenwart ist. Gewiss, die Tatsache, dass wir den Jahrestag eines vergangenen Ereignisses wahrnehmen, heißt nicht, dass wir dazu verurteilt sind, es zu wiederholen. In den anglo-französischen Beziehungen fand das bedeutende Abkommen von Saint Malo 1998, wo Tony Blair und Jacques Chirac einen entscheidenden Schritt in Richtung auf eine Verteidigungspolitik der EU taten, fast genau am 100. Jahrestag der Fashoda-Krise statt, als die beiden Länder wegen einer Gebietsstreitigkeit in Afrika beinahe gegeneinander in den Krieg gezogen wären. Es wäre ein großes Ereignis für Europa, wenn sich die nationalen und die europäischen Persönlichkeiten der EU-Mitgliedsstaaten im Jahr 2014, dem hundersten Jahrestag des Ersten Weltkriegs, für eine gemeinsame Unternehmung begeistern könnten.

Wir können gewiss hinsichtlich des Verhältnisses zwischen Vergangenheit und Gegenwart die schon zitierte Losung der britischen Konservativen Partei anwenden: „Wir freuen uns, mit unseren europäischen Partnern zusammenzuarbeiten, aber wir möchten nicht von ihnen regiert werden.“ So könnten wir bezüglich der Bedeutung der Geschichte für unsere nationale Identität sagen: „Wir freuen uns, große Ereignisse unserer Geschichte feiern zu können, aber wir möchten uns nicht von ihnen beherrschen lassen.“

Auf dem Weg zu einer neuen britischen Identität?

Wie wir gesehen haben, sind sowohl die Art der nationalen Identität Großbritanniens als auch die Wege, die sich beide unter innerem wie auch unter äußerem Druck ändern, Thema einer intensiven Auseinandersetzung und Kontroverse geworden. Es gibt nicht nur unterschiedliche Ansichten über die wesentlichen Charaktereigenschaften von „Britishness“, sondern sogar über die Frage, ob von einer britischen nationalen Identität (im Unterschied zur englischen, schottischen, walisischen oder irischen) angesichts der derzeitigen Schwierigkeiten überhaupt die Rede sein kann. Es gibt auch eine Diskussion über die Auswirkungen des vielfältigen Drucks durch die internationale Arbeit auf die nationale Identität Großbritanniens: Wie wird diese Identität beeinträchtigt durch die wirtschaftliche und soziale Globalisierung, durch die „Amerikanisierung“ und „Europäisierung“ in ihren verschiedenen Formen, durch Migrationsbewegungen und die langfristigen Folgen der alten weltumspannenden imperialen Beziehungen Großbritanniens?

Es gibt sogar unterschiedliche Ansichten über die wahre Beschaffenheit der Bestandteile „nationaler Identität“. Für Norman Davies und Andrew Marr sind die ethnischen und geographischen Erscheinungen der walisischen und schottischen Identitäten stark genug, um das Fundament einer vereinheitlichten britischen Identität zu untergraben, die ohnehin durch eine Vielzahl anderer Quellen unter Druck steht. Dagegen ist Gordon Brown der Ansicht, dass sich die nationale Identität Großbritanniens historisch auf einer Reihe moralischer Werte wie Aufgeschlossenheit, Toleranz gegenüber Verschiedenheit u. a. gegründet hat und auch in Zukunft gründen muss, die seiner Ansicht nach die Briten auf eine spezifisch britische Art verpflichten und noch immer verpflichten.

Diese Frage der spezifischen Bestandteile der nationalen Identität Großbritanniens muss selbstverständlich im Zusammenhang mit dem anderen schon erwähnten Problem, nämlich seiner internationalen Rolle, betrachtet werden. Angesichts der ständig wachsenden Verflochtenheit der Außenwelt sind die Briten jetzt sehr darüber verunsichert, wo sich ihr Platz in dieser Welt befinden soll. Für einige Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg fühlten sich die Briten behaglich bei der Vorstellung (und man kann sogar sagen, dass sie diese sehr beruhigte), dass sich ihr Begriff von nationaler Identität gut mit der Außenpolitik ihres Landes innerhalb eines Rahmenwerks vertrug, das als die Konzeption der „drei Kreise“ beschrieben wurde. Gemäß dieser Doktrin, die von den konservativen Premierministern Winston Churchill und Anthony Eden in den 1950er Jahren ausgestaltet und von ihrem Labour-Nachfolger Harold Wilson in den 1960er Jahren übernommen wurde, oblag es dem Vereinigten Königreich, eine Rolle in drei „Kreisen“ der Weltpolitik zu spielen und diese „Kreise“ miteinander in Verbindung zu bringen. Zuallererst war das Vereinigte Königreich der Anführer des Commonwealth, des weltweiten „Kreises“ der früheren britischen Kolonien. Zweitens war das Land natürlich ein fester Bestandteil des europäischen „Kreises“, wie die Mitgliedschaft im Europarat, der Westeuropäischen Union und der Organisation für Europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit zeigt. Drittens genoss Großbritannien eine „besondere Beziehung“ zu den Vereinigten Staaten und sah sich selbst als Amerikas maßgeblicher Partner in der NATO und anderswo.¹⁷

Im Laufe der Zeit sollte dieses beruhigende Bild der nationalen Identität Großbritanniens als einem führenden Akteur in den drei bedeutenden und miteinander verwobenen Kreisen einer ernsthaften Überprüfung unterzogen werden. In den 1960er und 1970er Jahren wurde der „Kreis“ des Commonwealth, obwohl seine Präsenz nützlich war

und den Briten half, sich an den manchmal schmerzhaften Prozess der Entkolonialisierung zu gewöhnen, ganz deutlich zu mannigfaltig, zu gespalten und geographisch zu zerstreut, um einen konkreten „Kreis“ für die Handhabung der britischen Außenpolitik zu bieten. So verblasste die Vorstellung des Commonwealth als einem scheinbaren Empire oder als einem Konzert wichtiger Staaten mit gleichartigen internationalen Interessen immer mehr zu dem viel vageren Gedanken eines Großbritanniens mit einem globalen Netzwerk von Beziehungen: Der Gedanke des „global actor“ ist eine der vier britischen Rollen, wie sie Timothy Garton Ash kürzlich ermittelt hat. Es mutet in der Tat paradox an, dass der Niedergang der Vorstellung von Großbritanniens als einer quasi-imperialen Weltmacht zeitlich zusammenfiel mit der Verbreitung der Idee eines hauptsächlich abgeschotteten Großbritanniens, das nicht durch enge Bindungen in irgendeine Richtung verpflichtet war – die vierte der internationalen Rollen Großbritanniens in Garton Ashs Quartett.

Hinsichtlich der angewandten Außenpolitik ließ der Zusammenbruch des Commonwealth-„Kreises“ zwei Möglichkeiten offen: die europäischen und die transatlantischen Beziehungen mit Washington. In den letzten 30 Jahren hat, wie aufgezeigt wurde, die britische Politik versucht, diese beiden zu verbinden und zu vermeiden, zwischen den beiden wählen zu müssen. (In der Praxis hat London in den Zeiten, in denen die europäische und amerikanische Politik voneinander abgewichen sind, Amerika den Vorzug vor „Europa“ gegeben.)

In den Augen derer, die glauben, dass Großbritanniens essentielle Identität ein Mehr an Engagement als Mitglied der Europäischen Union erfordert – auch wenn dies wahrscheinlich die Bindungen Großbritanniens an die Vereinigten Staaten schwächen würde –, stellt sich die wichtige Frage, ob das Identitätsgefühl des britischen Volkes als Ganzes sich in

diese Richtung wandeln kann. Können oder wollen die Briten ein stärkeres Gespür dafür entwickeln, dass sie sowohl Europäer als auch Briten sind? Wie oben gezeigt, gibt es Anzeichen dafür, dass die Erfahrungen mit dem Irak-Krieg die Neigung der Briten, sich als natürliche Partner und loyale Anhänger von Bushs Amerika zu sehen, schwächer werden ließ. Dennoch, um diesen Stimmungswechsel zu einem verstärkten Gefühl der Identifizierung Großbritanniens mit Kontinentaleuropa und zu einer tieferen Verpflichtung für eine europäische Zukunft werden zu lassen, wären noch größere Änderungen in der Denkweise vonnöten.

Ein Hinderungsgrund für eine Entwicklung der britischen Identität in diese Richtung ist in der Tatsache zu sehen, dass diese Identität in einem ungewöhnlich hohen Maße mit der Entwicklung des britischen Staates und seinen politischen Einrichtungen sowie seinen außenpolitischen Beziehungen verbunden war. Was bedeutet das? Offensichtlich stellt die Identifizierung mit den repräsentativen politischen Einrichtungen der Nation in jedem Land einen wichtigen Bestandteil der nationalen Identität dar. Dies kann sich in der Art der Identifizierung mit den republikanischen Traditionen in Frankreich zeigen, mit der Tradition der Präsidentschaft in den Vereinigten Staaten oder etwa mit den Traditionen des Föderalismus und der Subsidiarität in Deutschland. Im Vereinigten Königreich aber scheint das Gefühl besonders stark ausgeprägt, dass die nationale Identität in einem ganz besonderen Maße mit den politischen Einrichtungen des Landes, sowohl mit dem Nationalstaat wie auch mit der Nation, verbunden ist. Dies hat sicherlich seinen Grund im ungebrochenen Fortbestehen dieser Einrichtungen und ihrer Funktionsfähigkeit durch alle Krisen des 20. Jahrhunderts hindurch. Während der Zweite Weltkrieg dramatische Einbrüche in das politische Leben jedes großen Landes in Europa, ausgenommen Spanien, mit sich brachte, arbeiteten die althergebrachten Insti-

tutionen des Vereinigten Königreichs (das Unter- und das Oberhaus sowie die konstitutionelle Monarchie) wie gewöhnlich weiter. Mit den gleichen Einrichtungen und Arbeitsweisen wurden in den Jahren nach 1945 auch einige grundlegende Veränderungen in den öffentlichen Angelegenheiten des Vereinigten Königreichs wie die sozialen und wirtschaftlichen Reformen der Labour-Regierung, die Beendigung des Britisch Empire und die Anpassung Großbritanniens als Mitglied der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft durchgeführt. Es ist zutreffend, dass die genannten Institutionen in der Vergangenheit Modernisierungen erfahren haben: Die Befugnisse des Oberhauses wurden beschnitten und seine Zusammensetzung verändert, einige wichtige Aufgaben der Londoner Regierung wurden nach Schottland und Wales übertragen; aber diese Veränderungen haben nur die Legitimität der betroffenen Institutionen als den natürlichen Quellen politischer Souveränität verstärkt.

Wenn das britische Gefühl für eine nationale Identität im engen Zusammenhang mit den Einrichtungen des Staates steht, dann verleiht dieses Identitätsgefühl der Geschichte der politischen und militärischen Beziehungen des britischen Staates mit anderen ein besonderes Gewicht. Wie wir gesehen haben, ist das vorherrschende Motiv in der britischen Wahrnehmung der Beziehungen Großbritanniens mit Kontinentaleuropa das der wiederkehrenden Konflikte mit aufeinanderfolgenden Hegemonialmächten auf dem Kontinent: mit Spanien im 16. Jahrhundert, mit Frankreich im Verlauf des 17. bis 19. Jahrhunderts und mit Deutschland im 20. Jahrhundert. Es gibt nicht viel Raum im herkömmlichen britischen Denken für die Vorstellung eines europäischen Systems des Gleichgewichts der Kräfte, einem System, das für das wiederholte Abgleiten Europas in große Kriege verantwortlich gemacht werden kann. So wie die Briten es sehen kam die Bedrohung für den Frieden in Europa durch den Aufstieg einer Hegemonialmacht nach

der anderen, und es war die traditionelle Aufgabe Großbritanniens, eine Koalition befreundeter Mächte aufzubauen (oder wieder anzuführen), um diesen Feind auf seinen Platz zu verweisen.

Es ist daher schwierig, das britische Publikum von der These zu überzeugen, dass es Großbritanniens natürliche Stellung sei, ein der Europäischen Union eng verpflichtetes Mitglied sein und dass dies auch dem wahren Charakter der nationalen Identität Großbritanniens entspreche. Einige Vertreter dieser These, die eine solche Entwicklung unterstützen, haben so argumentiert, dass dies eine Erleichterung wäre, falls die nationale Identität etwas mehr von der britischen Staatsidentität losgelöst würde. Wenn es den Briten begreiflich gemacht werden könnte, ihre nationale Identität nicht so sehr als eine Identität des britischen Staates, sondern vielmehr als eine Identität der britischen Gesellschaft zu betrachten (mit all den bewundernswerten Eigenschaften, die ihr von Gordon Brown zugeschrieben werden und vielleicht einigen besonderen Zügen des nationalen Charakters), dann wäre die Aufteilung der politischen Souveränität zwischen London und „Brüssel“ den Briten vielleicht etwas weniger unbehaglich. Kürzlich hat ein Mitwirkender an der Identitätsdebatte das Argument vorgebracht, dass – unter Verweis auf eine mögliche englische, eher als eine britische Identität – „eine englische Identität mehr kulturell und weniger von staatlichen Institutionen geprägt sein sollte, um so die europäische Integration zu erleichtern“.¹⁸ Hierbei bezieht sich der Einwand auf die Perspektive einer englischen Identität, vergleichbar mit der von Schottland oder Wales, aber man könnte genauso gut argumentieren, dass die britische Identität – die des Vereinigten Königreichs als Ganzem – zukünftig weniger mit den Organisationen und der Geschichte eines Staates, sondern mehr mit den Eigenschaften und Besonderheiten einer Gesellschaft verknüpft werden könnte.

Eine solche Entwicklung wäre sicherlich der Entfaltung einer europäischen Dimension des Identitätsgefühls des britischen Volkes zuträglich, so dass es sich, um Gordon Browns Formel zu gebrauchen, mit der Zeit als „cornisch, englisch, britisch und europäisch“ fühlen könnte. Man muss allerdings sagen, dass eine solche Entwicklung weder einfach sein noch schnell geschehen wird. Die Identifizierung der Briten mit ihren nationalen politischen Einrichtungen und Traditionen bleibt weiterhin fest,¹⁹ und in ihrer Haltung zur Außenpolitik ist die Balance zwischen den europäischen und transatlantischen Richtungen stark zur letzteren hingeneigt. Es ist wahr, dass die Regierung Blair seit 1997 beträchtliche Bemühungen unternommen hat, um das Vereinigte Königreich zu einem effektiven und engagierten Partner in der EU zu machen, aber die Krise um den Irak hat die tiefgründige Stärke der alten Bindung an Washington bestätigt. Man sollte, um es mit den Worten eines erfahrenen Beobachters auszudrücken, New Labours „dritten Weg in der Außenpolitik“ einschließlich seines Versuchs, Großbritannien mehr „europäisch“ zu machen, nicht als fundamentale Neuorientierung, sondern vielmehr als eine zusätzliche Konzeptualisierung sehen, die lediglich „auf erhaltenen Erinnerungen an die imperiale Vergangenheit Großbritanniens und die Bemühungen um weltweite Macht und ‚Führungsanspruch‘ aufgesetzt wurde und diese nicht ersetzt hat“.²⁰ Die nationale Identität Großbritanniens bringt sicherlich etliche neue Perspektiven mit sich, aber die genaue Geschwindigkeit und die Richtung dieser Entwicklungen bleiben ungewiss.

Anmerkungen

¹ Rede des Schatzkanzlers, Gordon Brown, beim British Council Annual Lecture, 7.7.2004: http://www.hm-treasury.gov.uk/newsroom_and_speeches/press/2004/press_63_04.cfm.

² Norman DAVIES, *The Isle. A History*. London 1999, S. 881.

³ EBD., S. 878.

⁴ EBD., S. 876f.

⁵ EBD., S. 883.

⁶ Andrew MARR, *The Day Britain Died*, London 2000.

⁷ Thomas Kielinger, BBC-Radio-Sendung vom 9.2.2005.

⁸ Timothy GARTON ASH, *Free World. Why a Crisis of the West Reveals the Opportunities of our Time*, London 2004; (deutsche Ausgabe: *Freie Welt. Europa, Amerika und die Chance der Krise*, Bonn u. a. 2004).

⁹ EBD., S. 29–36. Zu Joseph Rován vgl. Anm. 16.

¹⁰ GARTON ASH (wie Anm. 8), S. 24.

¹¹ Zitiert nach MARR (wie Anm. 6), S. 5. Zur generellen Diskussion über die Rolle der Geschichte bei der Gestaltung nationaler Identitäten vgl. Benedict ANDERSON, *Imagined Communities*, London 1981; Cyrill BUFFET/Beatrice HEUDER (Hg.), *Haunted by History. Myths in International relations*, Oxford 1998; Jan-Werner MUELLER (Hg.), *Memory and Power in Post-War Europe. Studies in the Presence of the Past*. Cambridge 2002.

¹² „Journal du Mémorial“ (Caen), Nr. 49 vom Juni 2004.

¹³ Text der Rede von Margret Thatcher in: „The Guardian“ vom 21.9.1988.

¹⁴ Vgl. auch die Rede des Vorsitzenden der Konservativen Partei, Michael Howard MP, „A New Deal for Europe“ vom 12.2.2004 in der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin, wo es heißt: „Just as it would be dogmatic to refuse to co-operate with our European neighbours in areas where we have clear common interests, so is it equally dogmatic to insist that the EU should administer policies which can perfectly well be left to national governments“ (http://www.kas.de/publikationen/2004/4097_dokument.html).

¹⁵ Eric HOBSBAWM/Terence RANGER (Hg.), *The Invention of Tradition*, Cambridge 1991.

¹⁶ Joseph ROVÁN, *France, Allemagne: Deux Nations, un Avenir*, Paris 1986, S. 292.

¹⁷ Vgl. dazu den Beitrag von Joseph FRANKEL, Die geistigen Grundlagen der britischen Außenpolitik, in: Karl KAISER/Roger MORGAN (Hg.), Strukturwandlungen der Außenpolitik in Großbritannien und der Bundesrepublik, München 1970, S. 73–93.

¹⁸ Eric Kaufman in der Monatszeitschrift „Prospect“, April 2004, S. 21. Der Vorschlag Kaufmans, dass die englische Wesensart der britischen „zu Hilfe kommen“ könnte, ist Teil eines interessanten Rundgesprächs.

¹⁹ Eine nützliches vergleichendes Resümee findet sich bei Hans SCHAUER, Nationale und Europäische Identität. Die unterschiedliche Auffassung in Deutschland, Frankreich und Großbritannien, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 10 (1997), S. 3–13.

²⁰ Anne DEIGHTON, The Past in the Present. British Imperial memories and the European question, in: MUELLER (wie Anm. 11), S. 120.